

An Herrn
Bundesminister Alexander Schallenberg
Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, 1010 Wien

In Kopie an:

Menschenrechtskoordinator*innen im BMEIA und BKA
Außenpolitische und Menschenrechtssprecher*innen der Parteien im österreichischen Parlament
Außenpolitische Sprecher*innen/Menschenrechtssprecher*innen der österreichischen Parteien im EU-Parlament

Wien, 13.2.2023

Be: Todesstrafe im Iran sofort abschaffen

Sehr geehrter Herr Bundesminister Mag. Schallenberg!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit September 2022 halten im Iran die Proteste der Zivilgesellschaft an. Die Proteste wurden durch den gewaltsamen Tod der 22-jährigen iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini nach der Festnahme durch die Sittenpolizei ausgelöst.

Das Mullah-Regime geht gegen die großteils friedlichen Proteste mit brutaler Gewalt vor.

Laut Human Rights Activists News Agency (HRANA; eine nicht-politische und nicht-staatliche Organisation, die sich aus Anwält*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen zusammensetzt), sind bei den Protesten bereits 525 Menschen ums Leben gekommen, unter ihnen 71 Minderjährige. Mehr als 19.000 Demonstrant*innen wurden verhaftet. Sie werden in überfüllten Gefängnissen festgehalten und ihnen werden die Rechte auf ein rechtsstaatliches Verfahren vorenthalten. Unter den Festgenommenen sind Hunderte Menschenrechtsverteidiger*innen, Aktivist*innen, Journalist*innen und Anwält*innen, die aufgrund zweifelhafter Anschuldigungen festgenommen wurden. Folter und Misshandlungen in der Haft, einschließlich sexueller Gewalt, sind dokumentiert. Die Prozesse verlaufen überaus unfair und entsprechen in keinsten Weise rechtsstaatlichen Standards.

Nach Scheinprozessen wurden bisher vier Männer gehängt: am 8.12.2022 Mohsen Shekari und am 12.12.2022 Majid Reza Rahnavard; am 7.1.2023 wurden Mohammed Mehdi Karam und Sejed Mohammed Hosseini exekutiert. Darüber hinaus sind derzeit mindestens Laut Iran Human Right sind 109 Demonstranten von der Hinrichtung, der Anklage oder der Verurteilung zum Tode bedroht.

Frauen stehen an vorderster Front und beweisen großen Mut und Entschlossenheit: „Frau, Leben, Freiheit“ – ist der Slogan der Proteste. Ihre Anliegen – die auch und vor allem demokratische Strukturen, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, ein laizistisches politisches System und ein Ende der Kleidungsvorschriften umfassen – werden von breiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen. Sie fordern ein Ende des Mullah-Regimes, denn sie sind überzeugt, dass das Regime nicht reformierbar ist.

Verstärkte Verteidigung der Menschenrechte gefragt!

Zahlreiche EU-Staaten, unter anderen Österreich, haben bereits Maßnahmen gesetzt: die Einbestellung der iranischen Botschafter*innen; die Aufforderung, die zu Unrecht Inhaftierten unverzüglich freizulassen; die Appelle, keine weiteren Todesurteile zu vollstrecken und die Todesstrafe unverzüglich abzuschaffen; die Übernahme von Patenschaften für politische Gefangene durch Parlamentsabgeordnete. Die EU verschärfte am 23.1.2023 Sanktionen gegen das iranische Mullah-Regime. Insgesamt stehen nun fast 100 Namen und Organisationen auf der EU-Sanktionsliste, darunter Führungspersonen der iranischen Revolutionsgarden.

Österreich und die EU sind gefordert, die Situation im Iran und die Frauen und Männer, die ihr Leben aufs Spiel setzen und einen mutigen und entschlossenen Kampf führen ernst zu nehmen und nach Kräften wirksam zu unterstützen. Zu lange habe „der Westen“ zum Regime eine uneindeutige Haltung eingenommen, so eine verbreitete Meinung unter Oppositionellen. Es geht um Glaubwürdigkeit bei der Verteidigung der Menschenrechte und der Unterstützung demokratischer Strukturen.

Mobilisierung gegen Todesurteile und gegen die Todesstrafe im Iran!

Die vorrangigste Forderung an einzelnen Staaten und an die EU ist, effektive Schritte zu setzen, um endlich die barbarische Todesstrafe im Iran zu beenden!

- Wir fordern Sie auf, sich sowohl für die **Aussetzung von Todesurteilen** als auch für ein **sofortiges Ende der Todesstrafe** im Iran einzusetzen!
- Engagieren Sie sich für die Einrichtung eines internationalen Komitees, das eine **unabhängige Untersuchung über die Bedingungen in den Gefängnissen** durchführen soll!
- Fördern Sie die **Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen** und dafür verantwortlicher Personen, auch mit Blick auf künftige Gerichtsverfahren!

Materielle Unterstützung der Protestbewegung!

- **Unterstützen Sie die Menschenrechtsaktivist*innen vor Ort materiell** durch technische und humanitäre Hilfe, inklusive Deckung von Kosten für Gerichtsverfahren und medizinische Hilfe!
- Ermöglichen Sie politisch verfolgten Personen die **Ausreise nach Österreich!**
- **Unterstützen Sie im Iran inhaftierte österreichische Staatsbürger*innen!** Die Praxis der Untätigkeit gegenüber inhaftierten österreichisch-iranischen (Doppel-) Staatsbürger*innen (die bekanntlich ihre iranische Staatsbürgerschaft nicht zurücklegen können) muss beendet werden!

Mit freundlichen Grüßen,

Mag.^a Julia Günther / Obfrau WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven, www.wide-netzwerk.at

Dr.ⁱⁿ Birge Krondorfer / Vorstandsmitglied Frauenhetz, <https://frauenhetz.jetzt/>

WILPF – Women's International League for Peace and Freedom, Österreich-Sektion

Quellen/Informationen:

Human Rights Activists News Agency/HRANA: <https://www.en-hrana.org/>

Deutsche Welle, 08.01.2023: <https://www.dw.com/de/neuer-protest-nach-hinrichtungen-im-iran/a-64320026>

Iran Human Rights, 9.1.2023: <https://iranhr.net/en/articles/5687/>

Die Presse, 10.01.2023: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-sanktionen-eu-101.html>

Human Rights Watch, 12.01.2023: <https://www.hrw.org/news/2023/01/12/iran-brute-force-used-crackdown-dissent>

Tagesschau, 23.01.2023: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-sanktionen-eu-101.html>

Die Zeit, 28.01.2023: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-01/iranische-revolutionsgarden-eu-terrorliste-sanktionen-terrorismus>